

Archiv

Vorstand des Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

20. FEB



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

F/XVII/43 - 20. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Wur ein Zwitter</u> Praxis des Koalitionsausschusses Von Wolfgang Jansen	45
2	<u>Wines Appell</u> Warum nicht Gegenseitigkeit?	33
2	<u>Das Gebot der Stunde</u> Worauf die Opfer der Starfmilit warten	15
3 - 4	<u>Drei Präsidenten in Europa</u> Die Bedeutung Straßburgs für Europa Von Hedwig Heermann, MdB	57
5 - 6	<u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (IX)</u> Betreibt Indien die atomare Rüstung? Von Irwin Erasmus Koch	66

* * * *

* * *

Nur ein Zwitter

Von Wolfgang Jansen

Eigentlich sollte der Koalitionsausschuss am Montag dieser Woche die Meinungsunterschiede ausräumen, die zwischen den Koalitionspartnern auf sozialpolitischem Gebiete bestehen. Entweder ist es dazu nicht gekommen, oder die erhoffte Einigung blieb aus. In dem Kommuniqué der Sitzung jedenfalls stand nichts über das "Sozialpaket", und Bundespresseschef Felix von Eckart mutmaßte, dass die Herren wahrscheinlich nur im Rahmen der Haushaltsüberlegungen allgemeine Erwägungen geäußert hätten, ohne in die - strittigen - Einzelheiten vorzudringen.

Im Übrigen wiederholte der Bundespresseschef bis in die Formulierung hinein den Text, den die CDU/CSU-Fraktion bereits schriftlich verlautbart hatte. Unterstellen wir grosszügig, dass die FDP in bezug auf den Koalitionspartner gleichberechtigt ist, so gibt es künftig drei Quellen, die über die Arbeit dieses Gremiums sprudeln könnten: Die Fraktion der CDU/CSU, die Fraktion der FDP und die durch Felix von Eckart vertretene Bundesregierung.

Was denn wohl die Frage nach der Natur dieses Ausschusses aufwirft, eine Frage, die bereits nach der Regierungsbildung lebhaft diskutiert wurde. Dabei haben die Beteiligten den Vorwurf, es handele sich um eine "Überregierung", mit dem Hinweis zu entkräften getrachtet, der Ausschuss solle lediglich die Arbeit der beiden Fraktionen koordinieren.

Handelte es sich also nach dieser Auslegung um ein Instrument der Fraktionen, so wären hierfür die Pressestellen der CDU/CSU und der FDP zuständig. Daraus würde sich auch die Pressemitteilung der CDU/CSU ergeben. Handelte es sich dagegen um ein Organ der Regierung, so wäre hierfür das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zuständig. Das erklärte Herr von Eckarts Ausführungen.

Zwar nimmt Herr von Eckart nicht an den Sitzungen des Koalitionsausschusses teil, wie er vor der Presse darlegte. Er gibt aber Äusserungen weiter, die man ihm vorher "schriftlich oder telefonisch" mitteilte. Es kommt - wenn auch selten - vor, dass das Bundeskabinett in kleinster Ministerknoise ohne Staatssekretäre und von Eckart tagt. Das geschieht bei Anlässen von besonderer Bedeutung. Von Eckarts Verlautbarungen könnten also darauf deuten, dass mit dem Koalitionsausschuss tatsächlich eine Überregierung als streng geheimes Werk ist.

Jedoch gibt es nach solchen geheimen Kabinettsberatungen auch keine "schriftlich oder telefonisch freigegebenen" Pressemitteilungen der Fraktionen. Was zu dem beruhigenden Schluss führt, dass es sich offenbar doch nicht um eine Überregierung, sondern um einen recht armseligen Zwitter handelt.

Dafür spricht auch noch etwas anderes: Trotz der Geheimnistuerei, die Herr von Eckart um sich verbreitete, trotz des knappen Fraktionskommuniqués waren den Dienstagszeitungen detaillierte Einzelheiten über die Beratungen zu entnehmen.

Ninas Appell.

sp - Nina Chruschtschow, die Frau des sowjetrussischen Ministerpräsidenten, hat die Frauen der Vereinigten Staaten in einem auch von amerikanischen Rundfunk übertragenen Appell beschworen, auf ihre Regierung einzuwirken, dass sie sämtliche Atomwaffen vernichten, in die Tiefen der Ozeane versenken und in Freundschaft mit der Sowjetunion leben mögen. Zu diesem Aufruf sei sie durch zahlreiche Briefe besorgter amerikanischer Frauen veranlasst worden. Nicht nur amerikanische Frauen sind bedrückt von der düsteren Aussicht eines möglichen bewaffneten Konfliktes im Atomzeitalter, auch russische, ja die Frauen der ganzen Welt bangen um die Zukunft ihrer Männer und Kinder, um die Zukunft ihres Volkes. Es ist ein tröstliches Zeichen in einer von Drohungen, dunklen Gefahren und gepöhlter Unsicherheit gekennzeichneten Zeit, dass amerikanische Rundfunkstationen der Frau des mächtigsten Mannes im Krenl ihre Ätherwellen zur Verfügung stellten und ihr damit Gelegenheit gaben, ihre Ängste und Ansichten über die zweckmässigste Art der Beseitigung von Kriegsgefahren Millionen mitzuteilen.

Noch trostreicher wäre es freilich, würden die sowjetrussischen Rundfunkstationen als Gegenleistung den Frauen westlicher Staaten Männer auf dem gleichen Weg den Zugang zur Bevölkerung der Sowjetunion öffnen. Nicht für Propagandareden, wohl aber für die Mitteilung von Empfindungen, die sie angesichts einer ungewissen Weltlage bewegen. Sie würden auf diesem Wege erfahren, dass die Sehnsucht nach Erhaltung des Weltfriedens und der Wunsch nach einer Staatensordnung, die den Krieg als Mittel der Politik ausschliesst ein universelles Verlangen ist. Auch die Völker ausserhalb der Westgrenzen der Sowjetunion kennen die fürchterliche Geissel des Krieges, wollen in Frieden leben und im Frieden Wohlfahrt für alle erstreben. Die Politik der Sowjetunion macht die Verwirklichung solchen Verlangens nicht gerade leicht, sie trägt ein gerütteltes Ma3 von Mitschuld an dem Zustand, wie er eben ist und sowjetische Marschälle rühmen sich ihrer Fähigkeit, jeden Punkt der Erde in Wüsteneien verwandeln zu können. Ihre wilden Drohungen sind nicht ohne Begleitmusik zu Minas Appell. Weil dies so ist, und weil es eben auch dem russischen Volk gesagt werden müsste, deshalb dürften wohl die Ätherwellen der Sowjetunion für einen ähnlichen Aufruf, wie er von Nina ausging, für die westliche Welt verschlossen bleiben.

Das Gebot der Stunde

sp - Noch werden tote aus Schlamm und eingestürzten Häusern geborgen, noch schweben Ungezählte in mittelbarer Lebensgefahr, noch tut sich unvorstellbare Not und Bedrängnis der vom Wasser eingeschlossenen Menschen kund, noch geht eine Welle der Erschütterung durch unser Volk und schon gibt es sie und da Stimmen, die glauben, sie könnten an der schrecklichen Tragödie, die Norddeutschland betraf, ihr schöbigeres Süppchen kochen. Die regierungstreue "Deutsche Zeitung" verlangte in diesem traurigen Zusammenhang die Neu-urchdenkung des "ganzen Komplexes der Notstandsgesetzgebung", und andere wiederum glauben durch Aufwerfung einer Schuldfrage einen besonderen Beitrag zu leisten. Gewiss gibt die Katastrophe viele Lehren auf, die besten Köpfe werden sich anstrengen müssen, um nach menschlichem Ermessen eine Wiederholung zu verhindern. - Aber ist das jetzt vordringlich? Jetzt gilt es als Gebot der Stunde unter Beweis zu stellen, dass wir als Volk zu allergrösster Kraftanstrengung im Zeichen der Solidarität fähig sind. Die Tot brennt den Überlebenden Opfern der Sturmflut auf den Nägeln, sie brauchen die notwendigsten Mittel zur Existenzhaltung und zum Wiederaufbau zerstörter Existenzen. Keine Hilfe darf durch finanzielle Bedenken geschnürt werden. Diese Gemeinschaftsleistung gilt es zunächst zu vollbringen, alles andere tritt davor in den Hintergrund.

Drei Präsidenten in Europa

Von Hedwig Meeremann, MdB

An Mittwoch vergangener Woche hatte der Deutsche Bundestag Per Federspiel zu Gast, den Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates. "Ich dachte, europäischer Parlamentspräsident wäre Herr Furler", meinten einige Kollegen - quer durch alle Fraktionen. Nun, der Irrtum ist verständlich. Der CDU-Abgeordnete Professor Furler ist Vorsitzender des Europäischen Parlamentes, also des Sechserwirtschafts-Parlamentes, und davon hört man sehr viel. "Die EWG und die Landwirtschaft", "Die EWG und der Beitritt Grossbritanniens" - das sind Gegenstände der öffentlichen Diskussion; von den übrigen europäischen Institutionen wird nur wenig gesprochen.

Die Amtszeit von Professor Furler läuft demnächst ab. Dann wird eine andere Nation und vielleicht auch eine andere Partei den neuen Präsidenten stellen.

Einen sozialistischen Präsidenten hat das Parlament der Westeuropäischen Union, dem außer den sechs EWG-Staaten noch Grossbritannien angehört und das sich vorwiegend mit Verteidigungsfragen befasst. Die Westeuropäische Union, lange Zeit ein europäisches Schattenkind, hat in den letzten Jahren steigende Bedeutung als Bindeglied zwischen den Sechser und Grossbritannien gewonnen. Präsident dieses Parlamentes ist der Franzose Arthur Conte, der vor Kurzem den Deutschen Bundestag ebenfalls einen Besuch abstattete. Schade, dass er, im Gegensatz zu Per Federspiel, keine Gelegenheit zu reden hatte! Arthur Conte erhielt einen Tribünenplatz und konnte sich nur durch Kopfschütteln für den Applaus bedanken, mit dem der Deutsche Bundestag ihn begrüßte.

In den letzten Jahren bestand zwischen den drei europäischen Parlamenten eine nichtoffizielle Übereinkunft, wonach jede der drei

grossen Parteirichtungen, also die sozialistische, die christ-demokratische und die liberale einen Präsidenten stellte. So ist denn der Präsident des Europarates ein Liberaler und zwar ein Däne; denn auch dem Nationalstolz wird bei der Wahl ein bisschen Rechnung getragen - jedes Land möchte mal "dran sein".

Die Beratende Versammlung des Europarates, die schon im Jahre 1949 zum ersten Mal zusammentrat, wird oft die Mutter der übrigen europäischen Parlamente genannt. Ganz gewiss hat sie mit den Herrschmüttern die Unaufbringlichkeit ihrer Leistungen gemeinsam, und das ist vielleicht der Grund, warum sie so selten gewürdigt wird. Carlo Schmid tat es am letzten Mittwoch vom Präsidentenstuhl des Deutschen Bundestages aus. Damit wischte er manches leichtfertige Gerücht über die "europäische Quatschbude in Strassburg" vom Tisch. Aus dieser "Quatschbude" sind immerhin so grossartige Dinge wie die Europäische Konvention der Menschenrechte und die Sozialcharta hervorgegangen, ganz abgesehen von unzähligen Konventionen und Einzelregelungen, die erst die Voraussetzungen für ein Zusammenwachsen der europäischen Länder auf vielen Gebieten des täglichen Lebens geschaffen haben. So wäre z.B. die Visumsfreiheit innerhalb Europas sehr viel später zustande gekommen, wenn nicht überzeugte Europäer, darunter vor allem Dr. Karl Nommer, in Strassburg und in Bonn Pionierarbeit geleistet hätten.

Dass der Europarat auch heute noch nichts von seiner Anziehungskraft für die Länder verloren hat, die einen soliden Unterbau für ein sozial, wirtschaftlich, kulturell und politisch geeintes Gross-Europa schaffen wollen, beweist die steigende Zahl seiner Mitglieder. Ausser den sechs EWG-Staaten und Grossbritannien gehören ihm Dänemark, Schweden, Norwegen, Island, Irland, Österreich, Griechenland, die Türkei und sogar das kleine Zypern an. Die Schweiz und Israel entsenden Beobachter.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (IX)

Betreibt Indien die atomare Rüstung?

Von Erwin Erasmus Koch

Calcutta, Februar 1962

Was wir "Hinterindien" nennen, liegt einige Tausend Meilen zurück, Unterburna, Thailand, Kambodja, Laos, im Süden Malaya, im Norden die "Volksrepublik" Viet Minh und weiter im Südosten Süd-Vietnam, die Stütze der SEATO wie der Staat der Thai. Etwas mehr als zwei Stunden braucht die Boeing der Deutschen Lufthansa vom tropischen Bangkok zum nicht weniger heißen, sommerlich schwülen Calcutta am Delta des Hugli-Stromes. Weit zurück liegen die sonderbaren Abenddämmerungen am Menam, der breit und mächtig dieses "Hinterindien" durchzieht.

Keine Bezeichnung erscheint mir unpassender als "Hinterindien"; sie weckt die Vorstellung eines Anhängels zum Subkontinent Asiens. Dabei sind diese Staaten in ihrem bizarren Dasein durchaus eigene und eigenartige Gebilde. Die vor zwei Jahrtausenden stattgefundenen Kolonisation der Inder hat zweifellos ihre Spuren noch in der Gegenwart fühlbar hinterlassen. Aber die indische Kultur, das Khmer-"Weltreich" (mit Teilen fast aller heutigen Staaten), wurde durch den Enkel Dschingis Khans, den mächtigen Kubilai Khan, zerstört. Seine Heere trieben die südchinesischen Thai vor sich her, "Hinterindien" wurde chinesisches Kulturgebiet, seine Könige waren durch ein Jahrtausend fast den Söhnen des Himmels tributpflichtig. Der geistige Einfluss Chinas erhielt sich unverkennbar. Indiens Kolonisation blieb in ihren Spuren dagegen nur noch eine Kulisse. Weit mehr rückte die Bedeutung und der Einfluss Ceylons in den Vordergrund, wie vor allem der Buddhismus, dessen Mönche und Priester dem "Grossen Fahrzeug", der abgewandelten Lehre des Buddha in Ceylon, zuneigten. Allein Thailand hat gegenwärtig noch zweihunderttausend Mönche und zwanzigttausend dem chinesischen Vorbild nachgeformte Klöster.

Die Armut Indiens bildet einen krassen Gegensatz zum Reichtum an Nahrung, Reis, Fischen und den Früchten der Dschungel "Hinterindiens". Calcutta aber ist eines der auffälligsten Wahrzeichen der Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit, weit mehr als Hong Kong oder die New Territories oder Kowloon oder selbst Karachi. Was Wehrta Jahr für Jahr in zähen Ringen an sozialem Fortschritt zu schaffen bemüht ist, verschlingt wieder die Fruchtbarkeit der Herrschen Indiens; der "Kinderraub" wächst ins

Phantastische und damit die Verelendung der Millionen und aber Millionen Dörfer. Deshalb haben die Gewerkschaften - vergebens übrigens - Stipendiationsprämien für Männer und Frauen ausgesetzt.

Jawaharlal Nehru hat mit und seit der Eroberung Goas die "Ghimsa" verlassen, den Weg Ghandis der "Gewaltlosigkeit". Nehru ist über seinen Schatten gesprungen. Die portugiesische Enklave fiel ihm leicht zu. Nun sucht seine Stimme mit eindeutigen Drohungen im grossmächtigen China, dem Nachbarn im Norden des Himalaya-Massive, Gehör zu finden. Nehru kündigt den Chinesen die gleiche Gewalt wie den obstinaten, schwachhörigen Portugiesen an. Mao Tse-tung aber schweigt. Er denkt offenbar und bestirmt ob der lauten Worte seines Widersachers nicht im geringsten an die Rückung der Himalaya-Zonen, die er okkupierte. Ein Rechtsstreit darüber, ob sie chinesisch oder indisch seien, vor allem die undefinierte Grenze im Norden Kashmirs, würde stets grundverschiedene Auslegungen finden. Mao Tse-tung hält sich an die Tatsachen. Er hat zum Beispiel - wohl vor sechzig Jahren - Ladakh besetzt, nach Nehrus Ansicht "unbestreitbar indisches Hoheitsgebiet". Mao baute in Zuge der Okkupation eine grosse Verbindungsstrasse zum Highway Tibet-Zentralchina, und die Inder konnten es jahrelang nicht einmal. Sollte Nehru wirklich glauben, dass sein Hoheitsanspruch unbeschadet dieser Tatsache zu Recht besteht? Die Meinungen darüber mögen auseinandergehen. Nehru weiss, dass Mao Tse-tung praktisch im Besitz der Atombombe und vielleicht auch der Wasserstoffbombe ist. Wird sich Indien also auch der nuklearen Bewaffnung hingeben?

Ein Krieg gegen China würde wohl das Bevölkerungsproblem Indiens lösen, eine äusserst makabre Aussicht. Was verspricht sich Nehru von seinen Drohungen, die er im Übrigen auch gegen Pakistan richtet? Was geht in Kashmir vor? Beide Staaten, Indien und Pakistan, haben den Journalisten den Zugang nach Kashmir, wenn auch nicht offiziell, gesperrt. Sie behaupten, dass "Verkehrsschwierigkeiten" die beschwerliche Reise unmöglich machten. Verkehrsschwierigkeiten? So kann man allerdings auch einen militärischen Aufmarsch unbeschreiben.

In Calcutta versammelt sich angesichts der Hunderttausende von Bettlern der Eindruck, dass Nehru in Indien genug, Übergengig, zu tun hätte. Er sollte besser keine Bisch nicht anrühren.

+ + +